

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Tageszeitung
Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31307
Kgl. Druckerei: Elbgaupresse Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaften Dresden-Alst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pilsnig, Dobritz, Laubegast.
Trud und Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Erber & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto St. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigenteil: Paul Seppold, Dresden.

erschient jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag.
Zugangspreis: durch die Post vierteljährlich 12,90 einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3,75

Blasewitz
Freitag, 23. September 1921.

Anzeigen-Preis: die 6 gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textteile die Zeile 2,50 Mark, für Tabellen- und schwierigeren Satz 50% Aufschlag.
Wineinen Annahme für die nächste Nummer bis norm. 11 Uhr.

Aufhebung der wendisch-sprechenden Bevölkerung.

In der sächsischen Oberlausitz werden die Versuche fortgesetzt, eine wendisch-nationale, gegen das Deutschtum und sogar gegen den Bestand des Deutschen Reiches gerichtete Bewegung zu entfachen. Da die Mehrzahl der wendisch-sprechenden Bevölkerung von solchen Treibern nichts wissen will, scheuen die Aufwiegler jetzt selbst vor Machenschaften nicht zurück, die unmittelbar an Hochverrat grenzen. Die Beurteilung ihres Führers Barth wegen Hochverrats scheint sie, da der Verurteilte hinterher amnestiert wurde, nicht belehrt zu haben. In dem Organ dieser Nationalwenden, in der „Serbste Rowiny“ Nr. 196 vom 25. August, war ein Artikel enthalten, der behauptet: „Oberschlesien ist und bleibt polnischer Boden... ganz Schlesien ist slavisches Land“. Nur durch brutale Germanisierung sei Schlesien ein deutsches Antlitz aufgezungen worden. Ebenso wie die Polen, sollten, heißt es dann weiter, auch die Wenden gewürgt und vernichtet werden. Und der Schluss des Artikels lautet: „Wir wenden uns an den Völkerverbund. Der deutsche Staat gibt uns nicht, was wir fordern unser schriftlich zugesichertes Recht ist. Mit der Ordnung der ober-schlesischen Frage fordern auch wir hinreichende Bestimmungen wie für die Polen, so für uns Lausitzer Wenden. Dafür seid ihr Völker alle moralisch verantwortlich!“

Man muß sich klar machen, welchen ungeheuren Schaden solche Verleumdungen anrichten können. In Paris kann man sie jedenfalls als willkommene Material benutzen, um Oberschlesien, oder doch einen großen Teil davon, Deutschland zu entreißen und um im Namen von Recht und Gerechtigkeit einen weiteren Druck auf Deutschland auszuüben, um der angeblich brutal unterdrückten wendischen Minderheit willen. Man wird in Paris dabei selbstverständlich nicht fragen, welche Bedeutung die Rundgebung der „Serbste Rowiny“ zumutet und ob die Behauptungen des Blattes der Wahrheit entsprechen. Es ist deshalb nötig, den Tatbestand im folgenden festzustellen.

Was zunächst „Serbste Rowiny“ betrifft, so ist dies ein gänzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit erscheinendes Blättchen, das selbst im Erscheinungsort Baugen der ganz überwiegenden Mehrzahl der Einwohner völlig unbekannt ist. Nur dem Umstande, daß dies Blatt so ganz unbeachtet sein lassen fristet, ist es wohl zuzuschreiben, daß es jemand wagt, darin etwas wie die obigen Auslassungen zu „veröffentlichen“. Diese hatten zweifellos nur den Zweck, nach Paris geschickt zu werden, wo ja auch der „Wendensführer“ Barth Beziehungen anzuknüpfen versucht hatte. Die große Mehrzahl der wendisch-sprechenden Lausitzer bekommt das Blättchen „Serbste Rowiny“ nie zu sehen und würde vermutlich über obigen Artikel sehr empört sein. Denn die Wenden im allgemeinen haben stets mit den Deutschen in der Lausitz im besten Einvernehmen gelebt, und daran haben auch die Hegemonien der wenigen sogenannten Nationalwenden kaum etwas geändert. Das kann auch gar nicht anders sein. Denn ein geschlossenes wendisches Wohn- oder Sprachgebiet gibt es nirgendwo, überall wohnen Wenden und Deutsche (wenn man diesen Unterschied überhaupt machen kann) vermischt miteinander, ja es gibt kaum eine wendische Familie, die nicht mit Deutschen verwandt und verschwägert ist. Vor allem aber ist es durchaus erlogene, daß das Wendentum, in der Oberlausitz unterdrückt und erwürgt worden ist. Im Gegenteil! Es ist in Sachsen seit langem geradezu Regierungsgrundgesetz gewesen, das Wendentum zu erhalten und zu fördern. Man sah in der wendisch-sprechenden Bevölkerung ein besonders monarchisch gesinntes und staatsvereheliches Element, das man im „roten Königtum“ erklärlicherweise schätzte. Es wurden daher wendische Predigende Lehrer auch angestellt, wo kein Bedürfnis vorhanden war, wendisch lesen und schreiben lernen zahlreich Kinder, deren Eltern durchaus keinen Wert darauf legten. Nicht unterdrückt wurde das Wendentum, sondern als eine erwünschte Eigenart künstlich erhalten, soweit das in der Macht des Staates liegt. Die Bevölkerung selbst hat weit weniger Wert auf sie gelegt; sie hat die wendische Bauart fast allenthalben gänzlich und die alte Volkstracht größtenteils ausgegeben. Auch sprechen die Wenden allenthalben auch deutsch und lesen und schreiben meist, trotz des wendischen Schulunterrichts, besser deutsch als wendisch. Es ist also eine durchaus unwahre Behauptung, wenn jetzt von einer Unterdrückung der Wenden geredet wird. Und da diese Treibern nunmehr sogar mit der ober-schlesischen Frage in einer Weise, die verhängnisvoll wirken kann, in Verbindung gebracht werden, wäre es Zeit, daß dem Unfug wirksam entgegengetreten würde.

Sozialdemokratischer Parteitag.

W r l i b, 21. September. Der Abg. K e l l erstattete in der heutigen Vormittagssitzung den Bericht über die Steuerfragen. Er führte u. a. aus: Der Gesamtbedarf des Reiches erreicht, nach dem letzten Salutarium gerechnet, die phantastische Höhe von 138 Milliarden. Am Einkommen seien nur 35 Milliarden da. Es fehlen mindestens 100 Milliarden. Das sei nicht (!) Schuld der Revolution, sondern des schandwürdigen Krieges und der gewissenlosen Kriegsfinanzpolitik eines Helfers, wozu dann die Niederlage kam. Helfersichs ganze Wut hat sich, so sagte Redner, gegen Ergraber gerichtet. Er war der Behauptung, der das Bild vor die Wandung des Browning getrieben hat. (!) Käse noch ein Funken von Manneswürde in ihm, erwärde sich hüten, den Boden der deutschen Volkswirtschaft wieder zu befeuchten. (Weiß. Beifall.) Helfersich und Kontorzen jammern über Vermalmung des Großkapitals und Grundbesitzes; Kurzschnäbler, Rempläbe, Herrschafstische lassen aber nichts von dieser angeblichen Vermalmung erkennen. Die Zentrumsmittler Finanzien kann mit den neuen Steuerplänen nicht erreicht werden. Auch indirekte Steuern werden wir schließen müssen. Hundert Milliarden lausender Wehrerträge lassen sich aus dem Besitz nicht herausholen, wenn er

auch kräftiger herangezogen werden muß. Die ungeheuren Ausführungsgewinne müssen entsprechend besteuert werden. Jeder neuen Erhöhung der Verbrauchsteuern muß eine Erhöhung der Löhne, Goldwerte vorausgehen. Gerade die Sachvermögen sind von der Entwertung verschont geblieben. Es bleibt nichts übrig, als der Zugriff in einen Teil der Vermögenssubstanzen, und zwar auf gesetzlichem Wege, nicht freiwillig. Das Angebot der Banken und Großindustrie sei ein Beweis, daß sie viel mehr als bisher leisten können. Unsere Fraktion wird mit aller Schärfe gesetzliche Maßnahmen fordern und keine freiwilligen Opfer. (Weiß. Zustimmung.) Der Redner hatte keine Ausführungen in der bereits mitgeteilten Steuerresolution zusammen.

Vor Eröffnung der Debatte über die Steuerfragen, Tenerruna usw. erhält das Wort Professor K a d d r u c h zur Begründung einer launen Resolution, die unter lebhaftem Tadel der letzten Reichstagsperiode eine umfassende Justizreform fordert, insbesondere Bekämpfung der Strafgerichte aller Arten mit Vorkensbüchern, Wahl der Schöffen und Geschworenen nach Verhältniswahl, Zulassung der Frauen zu allen Justizämtern, Neuordnung des Strafrechts, Strafbußausmaß usw. Redner erwähnt u. a. den Fall der vorübergehenden Entlassung O t m a n v. Hirschfelds aus dem Gefängnis. Wir verlangen nicht, daß die Richter Bestimmungsbürgerlicher, wohl aber, daß sie Verbandsrepublikaner sind. Der juristische Nachwuchs muß so erzogen werden, daß jeder Jurist mindestens zur Hälfte auch Sozialpolitiker ist. Sämtliche Urteile der außerordentlichen Gerichte müssen nachgeprüft werden. Die Todesstrafe muß abgeschafft werden, ebenso alle Rechte der Volksgewalt. (Weißer Beifall.)

Der Vorsitzende teilte darauf mit, daß in der Chemischen Fabrik Oppau bei Ludwigshafen das Stickstoffwerk in die Luft geflogen ist, wobei 700 Tote zu beklagen seien. (Die Versammelten erheben sich.) Im Namen des Parteitagcs spricht der Vorsitzende W e l s allen Opfern der Katastrophe das tiefste Mitgefühl aus. Er teilt ferner mit, daß für die Opfer der Oppauer Katastrophe eine Sammlung eingeleitet werde. Der Parteivorstand habe 5000 Mark gezahlt.

Darauf wurde die Debatte über die wirtschaftlichen Fragen, Steuerfragen und Reichstagsfragen eröffnet. Frau J a b e -Dambura führte aus, es genüge nicht, nur mit Reden die Verteuerung aller notwendigen Lebensbedürfnisse zu bekämpfen. Die Profiteure der Bürgerlichen müsse energischer geißelt werden. Frauen müßten deswegen Richter werden, weil sie besser die Braueinstellungsfragen von Frauen beurteilen könnten. — V o d -Frankfurt a. M. beantragt Errichtung eines Reichsministeriums gegen Steuerhinterziehung und erhebt Vorwürfe gegen die Sammelbarkeit der Finanzämter. Das Reich müsse unablässig nach Weisheit betitelt werden. — W i e -L e r -Wolfsbittel verlangt größere Herwendungen des Reiches an die Selbstverwaltungskörper und bezeichnet es in Bezug auf das Getreideumfrageverfahren als bedenklich, daß die Fraktion sich auf das Zwangsverfahren festlegt. — Weitere Redner werden sich gegen die Erhöhung der indirekten Steuern. — T r e g e n e r bezeichnet es als Schande, daß das deutsche Volk sich noch heute einem Helfersich gefallen lasse. (!)

In der Nachmittagssitzung überbrachte de Bronquere die Grüße der belgischen Parteigenossen. T r e u -Rürnberg kommt auf die bayrische Verhältnisse zu sprechen und erklärt, daß Bayern neben Ungarn das reaktionärste Land in Europa (!) sei. Wendert sich jetzt das System, dann wird ein Kampf entbrennen, den man noch nicht gesehen hat. Kommt es zum Kampf, dann bitte ich auch Sie alle, hinter uns zu stehen. Uns stehen Kampfmittel zu Gebote, wie sie im politischen Kampf noch nicht gebraucht worden sind. Was würden die Vorkämpfer wohl sagen, wenn auf einem Parteitag der Rechtsparteien solche Drohungen gehalten wären? Die Schriftst. — R ö r n e r -Ludwigshafen läßt in dasselbe Horn. — Vorsitzender W e l s konstatiert den starken Beifall, den die Vordredner gefunden und fährt fort: Alle die es wagen sollten, die bayrische Arbeiterkraft um die Früchte der Revolution zu betrügen und damit die republikanische Verfassung zu demolieren, sind gewarnt durch viele Demonstrationen der größten Partei im Reich. Die deutsche Sozialdemokratie blüht nicht. Uns ist es ernst, unsere Vorkämpfer an für den Kampf sind bereit. Wir Sozialdemokraten sind Panatker der Gewaltlosigkeit (!). Unsere Maßnahmen machen jede reaktionäre Regierung in Bayern, auch nur für kurze Zeit, zur Unmöglichkeit. Wir sehen die Gefahren und Stunden voraus, aber stehen mit eiserner Entschlossenheit in diesem Kampfe zusammen. — Diese blutrünstige Rede fand selbstverständlich großen Beifall, und als dieser sich gelent, vertonte man sich auf Donnerstog.

Politische Nachrichten.

Grav Verchenfeld zum bayrischen Ministerpräsidenten gewählt. München, 21. September. Bei der Wahl des Ministerpräsidenten wurden in Anwesenheit von 145 Abgeordneten 86 Stimmen Bayerische Volkspartei, Bayernbund und Demokraten für den Grafen Verchenfeld, 20 Stimmen der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) für Herrn v. Kahr und 30 weisse Jettel der Linken abgegeben. Graf Verchenfeld wurde in den Saal geholt und erklärte mit kurzen Worten, daß er die Wahl annehme. In der morgigen Sitzung wird er sein Programm entwickeln und die Bildung des Ministeriums verkünden. Die Mittelpartei ist aus der Koalition ausgeschieden. — Der Kampf um das Amt des bayrischen Ministerpräsidenten ist so ausgegangen, wie wir es bereits vorausgesagt haben. Die alte Koalition ist dabei in die Brüche gegangen, indem die Mittelpartei, in der sich die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei zusammengeschlossen haben, aus der Niederlage ihres Schöpfungs Kahr die Folgerungen gezogen hat und ausgetreten ist. Dem neuen bayrischen Ministerpräsidenten Graf Verchenfeld werden liberale

Reinungen nachgelagt. Dieser Umstand ist nicht unwesentlich, weil dadurch den Reichstagsmitgliedern, falls in Bayern eine „Politik der Mitte“ eingeleitet werden sollte, der Eintritt in die Koalition erleichtert würde. Der Koalitionsumsturz hätte auch allen Anlaß, für eine derartige Verbreitung der Regierungsbasis zu sorgen, denn der Auszug der Mittelpartei, der natürlich die parlamentarische Grundlage des Kabinetts verengert, und die Mittelpartei wird sich nunmehr zweifellos als schärfste Oppositionspartei betätigen. Hoffentlich beschränkt sie sich aber darauf, ihre Gegenfähigkeit in parlamentarischen Formen zur Geltung zu bringen. Bei der Gelegenheit, die in rechtsradikalen Kreisen Bayerns besteht, ist freilich auch mit unliebsamen Ueberrassungen zu rechnen.

München, 21. September. Als eine seiner letzten Amtshandlungen hat Ministerpräsident v. Kahr an die Bevölkerung folgenden Aufruf erlassen: Die politische Hochspannung und die Erregung der letzten Tage darf nicht zu Unbesonnenheiten verleiten. Ich warne dringend alle Teile des Volkes vor unbesonnenen Schritten und etwaigen Versuchen gewalttätigen Eingreifens in den verfassungsmäßigen Gang der politischen Ereignisse. Die Polizeibehörden werden etwaigen Störungen der Ruhe und Ordnung, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken. — Man wird wohl kaum fehlgehen, wenn man diesen Aufruf in Zusammenhang bringt mit den im letzten Tagen verbreiteten Flugblättern aufreizenden Inhalts, die die Bevölkerung zu Unbesonnenheiten verleiten sollten. Die Polizei hat in den letzten beiden Tagen eine Anzahl derartiger Flugblattverteiler festgenommen. Verschiedene dieser Verhafteten gehören der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei an.

Polnisches Ultimatum an Rußland. Delingjors, 21. September. Der hiesige Vertreter der Sowjetregierung teilt mit, die polnische Regierung habe am 19. September an die Sowjetregierung ein Ultimatum gerichtet, in dem sie droht, die Beziehungen abbrechen zu wollen, wenn Rußland nicht bis zum 10. Oktober die polnischen Forderungen einer ersten vertragsgemäßen Teilzahlung und der Rückgabe polnischen Eigentums erfüllt. Die Sowjetregierung könne das Ultimatum nicht billigen, zumal die polnische Regierung die russische Forderung, bis zu demselben Zeitpunkt der Tätigkeit Sowintows sowie bei den Getreideexport fördernden Banden Einhalt zu tun, abgeschlossen habe.

Ungarn: Stranberg hingerichtet. Moskau, 21. September. Die Sowjetregierung hat bekannt: In Nowonikolajewsk hat eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen den weißgardistischen Führer Baron Ungern stattgefunden. Der Gerichtsverhandlung wohnten Tausende von Arbeitern und Soldaten der Roten Armee bei. Von Ungern wurde zum Tode verurteilt. Das Urteil ist vollstreckt worden. Die Anklage wurde gegen ihn erhoben: 1. wegen Unterstützung und Durchführung der räuberischen (!) Pläne Japans gegen die Sowjetrepublik; 2. wegen der Vorbereitung zum Sturze der Sowjetmacht und zur Errichtung der Monarchie in Sibirien unter Michael Romanow; 3. wegen des Mordes an russischen Bauern und Arbeitern in Sibirien und der Ermordung chinesischer Revolutionäre.

Einfall der Serben nach Albanien. Paris, 21. September. Aus Genf berichtet der albanische Vertreter Jan Nouti, daß er zwei Telegramme seiner Regierung erhalten habe, wonach die südbanischen Truppen an mehreren Punkten der Grenze Albanien angegriffen und albanische Dörfer bombardiert. Er erklärte, daß in der Tat der Kriegsausbruch zwischen Albanien und Südbanien existiert. Der Ausschuss hat in der Kommission große Erregung hervor. V o d Cecil wandte sich an den serbischen Vertreter und verlangte Aufklärung. Dieser antwortete aber, daß er die Aufklärung von seiner Regierung erbitten müsse. V o d Robert Cecil führt aus, daß er sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden geben könne.

Zum Oppauer Explosionsunglück.

über welches wir gestern schon kurz berichteten, liegen jetzt noch nachdrückende Einzelheiten vor: Die Direktion der bayrischen Anilin- und Sodafabriken teilt zu der Explosionskatastrophe folgendes mit: Es ist nunmehr einwandfrei festgestellt, daß die Oppauer Explosion in einem Silo stattgefunden hat, in dem 4000 Tonnen Ammoniumsulfat-Salpeter lagerten. Bevor zur Einlagerung dieses Produktes geschritten wurde, war dasselbe sowohl in der Anilinfabrik als auch anderwärts eingehend untersucht und keinerlei Explosionsgefahr für vollkommen ausgeschlossen hielt. Ueber die näheren Umstände der Entstehung der Explosion ist die Untersuchung im Gange. Zu dem großen Unglück sind und noch gemeldet: Der Ammoniakbau und die Werke 110 und 121 sind vom Erdboden völlig verschwunden. Am Explosionsort befindet sich ein Trichter von etwa 100 Meter Durchmesser und über 50 Meter Tiefe. Die Abperrung des Unglücksortes wird jetzt von französischen Truppen vollständig übernommen. Seit heute nachmittags sind etwa 300 Weisen abgezogen, doch ist die Zahl der Toten weit höher. Man spricht schon von 1000 Toten und etwa 1500 Verwundeten. Das dem Explosionsort am nächsten liegende Dorf Oppau mit etwa 6000 Einwohnern wurde am schwersten betroffen. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt, ihre Bewohner darunter bedrohlich, hauptsächlich Kinder, die noch im Bett lagen. Viele Familien kampieren im Freien. Die in der Nähe im Freien arbeitenden Landwirte und Arbeiter der Fabrik wurden weit fortgeschleudert und als Weiden wieder eingesammelt. Jemmerdwerte Eisenstücke wurden Hunderte von Metern weit geschleudert. Die bei der Anilinfabrik am Rhein liegenden Schiffe sind schwer beschä-